

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Resolution zu fehlerhaften Brustimplantaten verabschiedet



Foto: © Nahrung

Dr. Ulmer im Pressegespräch mit dem Deutschlandfunk

Im April 2012 verabschiedete der Gesundheitsausschuss (ENVI) des Europäischen Parlaments eine Resolution zum Skandal der fehlerhaften Brustimplantate des französischen Herstellers PIP, über welche nun am Donnerstag während der Plenarwoche in Straßburg abgestimmt wurde.

Der Europaabgeordnete und praktizierende Arzt Dr. Thomas Ulmer (CDU) hat federführend an der Ausarbeitung dieser Resolution mitgearbeitet.

„Dieser Fall betrifft weltweit 400.000 Frauen, denen fehlerhafte Brustimplantate eingesetzt wurden“, so Ulmer, „viele der betroffenen Frauen wissen nicht, ob die bei ihnen eingesetzten Implantate fehlerhaft sind oder nicht.“

Um diesen Missstand zu bekämpfen, hat sich Dr. Ulmer dafür engagiert, dass die bestehende Gesetzgebung weiter gestärkt wird.

„Bisher haben wir uns nur auf schriftliche Daten verlassen. In Zukunft wird es

jedoch mindestens alle 12 Monate unangemeldete Kontrollen in den Produktionsstätten geben. Des Weiteren hat der vorliegende Fall gezeigt, dass es eine bessere Nachverfolgbarkeit von implantierbaren Medizinprodukten geben muss, um die Möglichkeit zu haben, betroffene Patienten zu benachrichtigen“, erklärt Ulmer das Anliegen der Resolution. Eine Überarbeitung der Medizinprodukttrichtlinie wird erwartet.

„Ein einhundertprozentig sicheres System gibt es nicht“, warnt Ulmer, „wir können aber die Wahrscheinlichkeit für einen neuen Skandal massiv verringern. Aber dort, wo Menschen mit hoher krimineller Energie arbeiten, werden wir immer Probleme haben.“

Daher plädiert der EU-Parlamentarier dafür, bestehende Kontrollsysteme zu verbessern und nicht ein völlig neues System zu schaffen.

Diskussionspapier über erneuerbare Energien von der EU-Kommission veröffentlicht



Foto: „Unabhängig“ © Luse / pixelto.de image-ID: 519550

Vor Kurzem hat EU-Energiekommissar Günther Oettinger das Papier „Erneuerbare Energien: ein wichtiger Faktor auf dem europäischen Energiemarkt“ präsentiert. Hierin werden die noch zu bestehenden Herausforderungen beschrieben, um das EU-Ziel eines Anteils von 20 Prozent erneuerbarer Energien am Energiemix bis 2020 zu erreichen.

Dass die Energiegewinnung aus Sonne, Wind und Wasserkraft in den nächsten Jahrzehnten eine zunehmend entscheidende Rolle spielen wird, davon ist die EU-Kommission überzeugt. Eine neue politische Rahmensetzung ist ihrer Ansicht nach daher für den weiteren Ausbau dringend notwendig. Deshalb will sie insbesondere die Festlegung von „Meilensteinen“ bis 2030 prüfen und schlägt dafür drei verschiedenen Optionen vor:

- Ein neues Ziel zur Senkung der CO₂-Emissionen, aber keine spezifischen Ziele für erneuerbare Energien; entscheidendes Instrument ist dabei das Emissionshandelsystem.
- Die Fortsetzung des bisherigen Vorgehens mit jeweils nationalen Zielen für erneuerbare Energien, CO₂-Reduktion und Energieeffizienz.
- Ein EU-weit stärker vereinheitlichtes Management des

Energiesystems mit einem europäischen Ziel für erneuerbare Energien.

Die EU-Kommission hat für all diese Optionen bereits eine Folgenabschätzung durchgeführt jedoch noch keine Wahl getroffen.

Die Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien müssen laut Kommission gesenkt sowie mehr und mehr dem Wettbewerb ausgesetzt werden. Um eine bessere Anpassung an die nationalen Fördersysteme zu erreichen, will die Kommission Leitlinien für die Mitgliedstaaten erarbeiten.

Des Weiteren müssen die Kooperationsmechanismen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten vorangetrieben werden. Diese sind zwar bereits in den Erneuerbaren-Energien-Richtlinien angelegt, werden aber bisher so gut wie nicht genutzt. Die Zusammenarbeit beim Ausbau der regenerativen Energien soll auch mit Drittstaaten im südlichen Mittelmeerraum und den Nachbarländern der EU intensiviert werden. „Erneuerbare Energien sind für unsere Zukunft unabdingbar. Wir werden noch viel investieren müssen, jedoch in einem effizienten Rahmen. Nur dort wo Energie erzeugt werden kann, ist eine Investition sinnvoll“, so der Europaabgeordnete Ulmer.

NEWS AUS EUROPA

Aktuelle Informationen von Dr. Thomas Ulmer MdEP

Eine zusätzliche Maßnahme zum Stabilitäts- und Wachstumspakt: Two-Pack

Unter dem sogenannten „Two-Pack“, das diese Woche im Europäischen Parlament verabschiedet wurde, versteht man zwei Berichte, die den Stabilitäts- und Wachstumspakt weiter stützen sollen.

Dieses Berichte-Paket sieht vor, dass die Kommission die Möglichkeit der Haushaltskontrolle bekommt. So sollen die Haushaltspläne der Eurozone-Mitglieder mit finanziellen Schwierigkeiten überwacht werden, damit die vorgegebenen Sparziele erreicht werden können. „Das Ziel des 'Two-Pack' soll sein, die Haushaltsdisziplin von Mitgliedstaaten mit erheblichen finanziellen Schwierigkeiten zu gewährleisten.“, ist die positive Bewertung des baden-württembergischen Europaabgeordneten Dr. Thomas Ulmer.

Jedoch sieht Ulmer auch einige kritische Punkte in den Berichten: „Wir brauchen Wachstum, jedoch kann Wachstum nur zusammen mit konsolidierten EU-Haushalten gedeihen. Jetzt einen Wachstumsfonds

zu fördern ist völlig realitätsfremd, da dazu schlicht und ergreifend die Mittel fehlen. Daher müssen wir uns stark machen, dass nicht im Zuge dieses Berichtes Forderungen umgesetzt werden, die wir für wenig sinnvoll halten.“

Es wird auch über Maßnahmen abgestimmt, die als Hintertür zu Eurobonds verstanden werden können. So soll ein europäischer Tilgungsfonds geschaffen werden, in den Staatsschulden eines EU-Mitgliedsstaates jenseits der Schuldengrenze von 60 Prozent des BNP an diesen Fonds überwiesen würden.

„Wir dürfen nicht aus dem Blick verlieren, dass das Two-Pack verabschiedet werden muss, um den Fiskalpakt strukturell umsetzen zu können. Es müssen dabei aber faire Mittel geschaffen und nicht die Schulden eines Mitgliedsstaates auf die anderen umgeschuldet werden. Dabei ist es egal, ob man das Eurobonds oder Tilgungsfonds nennt“, so Ulmer abschließend.

Stärkung der europaweiten Freiwilligenarbeit

Das Europäische Parlament hat durch einen Beschluss die Freiwilligentätigkeit gestärkt. Dadurch soll eine bessere Anerkennung des Ehrenamts erreicht und vor allem die grenzüberschreitende Freiwilligentätigkeit gefördert werden.

Bürokratie und Sprachbarrieren halten momentan noch viele Jugendliche von einem europäischen Freiwilligendienst ab. Der Beschluss umfasst deswegen die Einführung eines Qualifikationspasses, der die Kompetenzen und die Qualifikationen transparent abbilden soll. Ebenfalls sind ein zentrales EU-Portal für Freiwilligentätigkeiten und die Schaffung eines Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe geplant. Der Beschluss des Europäischen Parlaments passt in die seit Jahren andauernde positive Entwicklung im Bereich des Freiwilligendienstes. Dieser hat in den letzten Jahren stark an Stellenwert gewonnen. In den 90er Jahren wurde der Europäische Freiwilligendienst ins Leben gerufen, 2011 fand das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit statt. Momentan arbeiten bereits 100 Millionen Menschen ehrenamtlich und erwirtschaften 5 Prozent des BIP. Diese Zahl soll durch die oben genannten Maßnahmen erhöht werden. Das freiwillige grenzüberschreitende Engagement ist für den sozialen Zusammenhalt und auch für den Aufbau eines Europas der Bürgerinnen und Bürger ein unverzichtbarer Bestandteil. Neben der jugendlichen Zielgruppe spielt auch die ältere Bevölkerung eine wichtige Rolle.

„Die grenzüberschreitende Freiwilligenarbeit ist in unserer heutigen Gesellschaft sehr wichtig, da dadurch Werte wie Gerechtigkeit, Solidarität und Integration schon früh gefördert werden“, ist Dr. Thomas Ulmer MdEP überzeugt.

Die Situation in Syrien verschlechtert sich von Tag zu Tag

Seit 15 Monaten herrscht nun schon der Konflikt in Syrien. Nach den Massakern in Hula und Kobere verschlimmert sich die Situation von Tag zu Tag, da das Leiden der Bevölkerung, vor allem von Frauen und Kinder, zunimmt. Die Internationale Gemeinschaft schaut bisher machtlos zu, die Sanktionen haben nicht gewirkt.

Im Rahmen des Jahresberichtes zur Lage in Bezug auf Menschenrechte für das Jahr 2011 und der Ernennung eines EU-Sonderbeauftragten für Menschenrechte, wurden auch die jüngsten Entwicklungen im Nahen Osten in der vergangenen Sitzung des Europäischen Parlaments behandelt. Die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, sprach sich vor dem Parlament für eine Verurteilung der Verantwortlichen der Massaker von Hula und Kobere aus. Sie warnte davor, dass eine anhaltende Militarisierung nicht nur für Syrien schlimme Auswirkungen hätte, sondern für die dortige ganze Region.

Weiterhin führte sie aus, dass der Annan-Plan in ihren Augen immer noch der beste Ausweg aus der prekären Lage sei. Es müssten nur die Hebelwirkung

verstärkt und ein Zeitplan vereinbart werden.

Auch eine Verstärkung der Sanktionen, welche die syrische Regierung zwingen könnte, sich an die Vereinbarungen zu halten, hält sie für sinnvoll. Sie rief ferner die Mitgliedstaaten dazu auf, den Kontakt zu Russland und China zu verstärken, um diese zwei Länder von ihrem bisherigen Standpunkt abzubringen. Die Völkergemeinschaft müsse sich als Einheit präsentieren, auch der UN-Sicherheitsrat sollte mehr Druck auf Syrien ausüben. Bisher flossen für die humanitäre Hilfe von den Vereinten Nationen bereits 28 Millionen Euro nach Syrien und seine Nachbarländer. Weiterhin wurden 23 Millionen Euro bereitgestellt, um die Nachbarländer Syriens bei der Flüchtlingsaufnahme zu unterstützen. Dr. Thomas Ulmer MdEP sieht dringenden Handlungsbedarf in Bezug auf die Lage in Syrien: „Es kann nicht sein, dass ein einzelner Mann sein Volk so terrorisieren kann, ohne Einhalt durch die Weltgemeinschaft geboten zu bekommen. Die EU ist als Verfechterin von Werten wie Würde, Gerechtigkeit und Frieden verpflichtet, tätig zu werden.“

Besucherguppe im Europäischen Parlament



MIT Mannheim

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Dr. Thomas Ulmer MdEP (CDU).

Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt.

Herausgeber: Dr. Thomas Ulmer MdEP (verantw.), Tarunstr. 21,

74821 Mosbach, Telefon 06261.893991 Telefax 06261.893069

Redaktion und Gestaltung: Matthias Busse, Mobil 0171.6809454

Powered by: www.busse-nahrgang.com

Bildnachweis: Titelfoto: © Matthias Busse; Foto Ulmer Pressegespräch:

© Heike Nahrgang; Foto „Unabhängig“: © Lause / pixello.de Image-ID:

515850; Besuchergruppen: © Heike Nahrgang

E-Mail: info@thomasulmer.eu; Internet: www.thomasulmer.eu